



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



ULRICH HARTMANN

Vorsitzender des Vorstandes der VEBA Aktiengesellschaft Düsseldorf

VOM MONOPOL ZUM MARKT: IN DEUTSCHLAND EIN HÜRDENLAUF?

VORTRAG AM 9. MAI 1995



Sehr geehrter Herr Präsident Kruse!
Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren!

Mit großer Freude – Herr Kruse – habe ich die Einladung für heute abend angenommen. Ich spreche sehr gern zu Ihnen in diesem Kreis und in diesem traditionsreichen Rahmen. Dabei bin ich mir der Ehre wohl bewußt. Schließlich habe ich in Hamburg einige Jahre meines Lebens verbracht. Und ich kann feststellen: Es waren gute Jahre.

„Monopol und Markt“, das ist ein ebenso spannendes wie spannungsvolles Thema; ein Segment aus dem stets sehr lebendigen Verhältnis von Staat und Wirtschaft, das uns Kaufleute – als Unternehmensführer darf ich mich ein wenig dazuzählen – immer aufs neue bewegt. Und weil dieses Verhältnis nicht immer unkompliziert ist, habe ich mir gedacht, das Thema mit dem Bild eines Hürdenlaufs zu unterlegen.

Meine Damen und Herren! Ein Monopol erlaubt zumeist eine höchst angenehme Position, von der sich kaum jemand gern trennt. Nehmen wir etwa das Monopol auf eine gute Idee oder eine bahnbrechende Erfindung; oder nehmen wir das Monopol des Redners. Sie erleben es heute nach einem langen Tag, zumal nach diesem guten Essen: Der Ermunterung dringend bedürftig – nehme ich an – sind Sie dem „after-dinner“-Redner förmlich ausgeliefert.

Mancher Redner sieht dann seine Stunde gekommen. Und mancher Zuhörer sieht – in Höflichkeit gefangen – mit Wehmut eine Stunde oder mehr dahingehen. Das ist eine klassische Monopolsituation: Der Kunde hat keine Alternative, er muß nehmen, was der Monopolist anbietet. Nun haben wir in Deutschland – noch – kein Bundesaufsichtsamt für das Redenwesen, Gott sei Dank. Wir müssen dem zuvorkommen. Also brauchen wir freiwillige Selbstverpflichtungen. Und in diesem Sinne verpflichtete ich mich, Ihnen heute abend eine ausgreifende Grundsatzrede zu ersparen. Vielmehr möchte ich Ihnen einige Beobachtungen und Gedanken aus unternehmerischer Sicht über „Monopol und Markt“ zum hoffentlich entspannten Mit- und Nachdenken anbieten.

Sie werden sich fragen: Wie kommt denn einer dazu, der selbst auf einer – nach allgemeiner und althergebrachter Volksmeinung – fetten Pfründe, nämlich dem Strommonopol, sitzt, sich mit dem Thema Monopol überhaupt und vielleicht obendrein noch kritisch zu befassen? Zunächst: Anders als bei fast allen anderen Unternehmen der Strombranche ist VEBA seit langem in vollem Umfang privatisiert. Keine Regierung, keine Kommune, keine öffentlich-rechtliche Körperschaft hat auf der Eigentümerseite mitzureden. Die nicht im Strombereich tätigen Teilkonzerte von VEBA bewegen sich in liberalisierten Märkten. Sie stehen in scharfem Wettbewerb. Das hält VEBA insgesamt jung, frisch und beweglich.

Die Konsequenz aus dieser Erfahrung: Privatisierung ist nach meiner Meinung nur die halbe Miete; der Privatisierung muß die Liberalisierung folgen. Einer Liberalisierung des Strommarktes sehen wir jedenfalls mit ebenso großer Zuversicht wie Gelassenheit entgegen, wenn sie denn käme und auch den Namen wirklich verdiente. Mit dem Wörtchen „wenn“ bin ich beim Bild des Hürdenlaufs.

Meine Damen und Herren! Hürdenläufe haben es an sich, daß die einen schnell ankommen, andere länger brauchen und wiederum andere überhaupt nicht ankommen – sei es, daß sie entkräftet in den Wassergraben sinken, daß jemand ihnen beim überholen mit den Spikes in die Hacken tritt oder daß die Hindernisse mit zunehmender Distanz und Entkräftigung unüberwindlich werden. Ähnlich verhält es sich mit Projekten, Monopole in Märkte zu überführen. Vielfach ist es bereits gelungen, einige Projekte sind noch gut zu Fuß, anderen droht die Luft auszugehen. Und dann gibt es noch welche, die, am Ziel angekommen, so ausgepumpt sind, daß sie anstatt den Weg auf das Siegerpodest nur noch den Weg unter das Sauerstoffzelt finden. Um es gleich vorwegzunehmen: Ich kann nur hoffen, daß es den Wettbewerbern der Telekom nach dem 1. Januar 1998, dem Fall der Monopole, nicht so ergeht. Bevor ich aber auf Beispiele eingehe, zunächst ein kurzer Blick auf die Strecke.

In den angelsächsischen Ländern werden die Hindernisse, so scheint mir, immer flacher. Markt ist angesagt. In Großbritannien seit Frau Thatcher. Vor allem in einigen romanischen Ländern, allen voran Frankreich, sind dagegen die Hürden noch reichlich hoch. Das Monopol oder die staatliche Beteiligung sind seit eh und je Teil und Instrument staatlicher Industriepolitik und werden erst gar nicht in Frage gestellt. In Deutschland befinden wir uns – wieder einmal – in der Mitte. Mit dem Herzen hängen noch viele an Monopolen, der kühle Verstand plädiert für den Markt. Schließlich war Deutschland eines der letzten Länder, in die der Liberalismus – das Konzept des Wettbewerbs in Wirtschaft und Politik – kam. Nach Süddeutschland kam er aus Frankreich, als staatlich-politisches Programm. Nach Norddeutschland kam er aus England, ökonomischer und pragmatischer. Gerade hier, in der Hansestadt, ist diese Tradition noch heute lebendig.

Die liberalen Ideale setzten sich in Deutschland relativ spät durch. Und auf die fragile Weimarer Republik folgte nach wenigen Jahren der gewaltige Rückschlag des Dritten Reiches. Alles in allem: keine günstigen Zeiten für Markt, Wettbewerb und Gewerbefreiheit, in Deutschland wirklich Wurzeln zu schlagen. Natürlich wurde auch bei uns in den achtziger Jahren auf Liberalisierung und Deregulierung, auf eine Freisetzung von Marktkräften und Unternehmergeist gesetzt, aber deutlich moderater als in manchen anderen Ländern – in aller Ruhe, ohne wirkliche Herausforderung für hergebrachte Denk- und Verhaltensweisen. Und so leben wir Deutschen nach wie vor in einer Welt, in der Markt und Wettbewerb vielen Menschen innerlich fremd geblieben sind. Sie gelten vielen als notwendiges Übel, sozusagen als Sekundartugenden der Wirtschaftspolitik.

Nun habe ich nicht die Absicht, unseren Nationalcharakter zu sezieren. Das können andere besser. Trotzdem kann ich der Versuchung nicht widerstehen, einen Blick auf die vielschichtigen Antagonismen, die uns bei dem Begriffspaar Monopole und Markt so umtreiben, zu werfen. Ich hoffe, Sie sehen es mir nach. Das Streben nach Monopolen wohnt dem Menschen inne. Einer will das Sagen haben. Das war schon bei den steinzeitlichen Horden so, und im Familienverband soll es gelegentlich auch heute noch so sein. Auch im Geschäftsleben will einer der Erste und der Größte sein und möglichst auch bleiben. Nur wird ihm der Rang ständig streitig gemacht. So ist das nun einmal im Wettbewerb. Wettbewerb bringt Unruhe, vielleicht sogar Unordnung, Chaos. Und das haben wir nicht so gern. Monopol bringt Ordnung, Ruhe und Sicherheit, nur leider keinen Fortschritt – oder Innovation –, und den wollen wir ja schließlich auch. So sind wir denn schon von alters her ständig hin- und hergerissen zwischen dem Streben nach Monopolen und deren Einreißen durch Wettbewerb.

„Männer, Mächte, Monopole“ heißt bezeichnenderweise ein Buch aus den sechziger Jahren, das mir unlängst in die Hand fiel. Mächtige Männer, finstere Mächte, klossale Monopole – so weit der negative Gefühlswert. Aber wenn sich das Monopol mit dem Staat verquickt, kann es plötzlich freundliche Assoziationen wecken. Dann kommt es staatsmännisch daher, ist dem Gemeinwohl verpflichtet und sichert den Blütenkranz sozialer Besitzstände. Ein Idyll, in dem man ein warmes Nest finden kann. Und wenn wir es, vielleicht als Folge unseres Hangs zur Kleinstaaterei und aufgrund schlechter Erfahrungen, deren wir in den letzten Wochen gedacht haben, lieber etwas übersichtlicher, kleiner haben möchten, dann ist der emotionale Höhepunkt mit dem idyllisch kleinräumigen Monopol in ebenso fester wie zuweilen freigebiger öffentlicher Hand erreicht. Vielleicht halten sich deshalb kommunale Monopole so hartnäckig, vor allem, wenn sie sich in schicke Mäntelchen mit Namen wie „Bürgernähe“ oder „Umweltschutz“ hüllen. Natürlich, meine Damen und Herren, nichts gegen Umweltschutz oder Bürgernähe, sagen die Befürworter des Wettbewerbs. Das können wir auch, und sogar noch besser. Sie haben recht. Aber das muß man den Menschen unter Umgehung des Herzens schon an den Verstand bringen. Und da wird die Sache schwierig. Schließlich verbinden sich Wettbewerb oder Markt mit Eigennutz, ständiger Veränderung – nichts bleibt so, wie es ist – und Auseinandersetzung. Der Ellenbogen läßt grüßen. Es ist schon schwierig klarzumachen, daß Wettbewerb auf Eigennutz setzen muß, um auf diesem Umweg dem Gemeinwohl zu dienen, daß nur die Summe der Egoismen, natürlich nicht ungezügelt und im wohlgeordneten Rahmen, Fortschritt und Wohlstand schafft. Kundenorientierung ist die Bürgernähe der Wirtschaft. Und Umweltschutz wird schneller zum Unternehmensziel als zum Staatsziel – sicherlich weil die Unternehmen selbst zunehmend erkennen, daß sie nicht den Ast absägen können, auf dem sie sitzen.

Aber: So richtig das ist, das ist nur dem kühlen Verstand zu vermitteln, aber kaum dem heißen Herzen. Markt und Wettbewerb bleiben nach wie vor jedenfalls etwas suspekte Veranstaltungen. Was sich dem kontrollierten Zugriff der Gemeinschaft entzieht, kann scheinbar für das Gemeinwohl nicht zuverlässig in Dienst genommen werden. Und für das Gemeinwohl zuständig ist und bleibt nach diesem Verständnis nach wie vor einziger der Staat. Und mehr mit heißem Herzen als mit kühlem Verstand werden Hindernisse aufgebaut, die es dem Markt so schwer machen, das Ziel zu erreichen – nicht nur durch Monopole, sondern auch durch staatliche Überreglementierung und Bürokratisierung. „Die Bürokratie ist die Mutter der Steuerschraube“, habe ich neulich gelesen. Staatliche Monopole und Bürokratie rechtfertigen ihre Existenz mit Vorliebe mit der Notwendigkeit der Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge – vom Wort her schon nahe an Fürsorge – ist allerdings der längste und tiefste Wassergraben, in dem man auf dem Hürtdenlauf zum Markt hängenbleiben kann; in den Worten von Helmut Schmidt: „Der Staat wird in das deutsche Supermarkt-Syndrom einbezogen; er hat gefälligst umfassende Daseinsfürsorge zu liefern, wohlverpackt. Freiwillig degradieren sich die Bürger zum Kunden des Staates.“

Meine Damen und Herren! Das mag ein wenig resignativ klingen. Trotzdem bin ich der festen Überzeugung, daß sich der Verstand – und damit der Markt – gegen das Monopol am Ende durchsetzen wird, allerdings nur mit langem Atem und guter Kondition. Dabei ist es ja keineswegs so, als sei das Monopol bei uns das marktaus schließende – beinahe hatte ich gesagt: das marktbeherrschende – System. Der

Markt ist heute die Regel und das Monopol die Ausnahme. Das gilt vor allem für den Bund mit seiner Privatisierungspolitik, aber schon weniger für die Länder und noch weniger für die Kommunen. Insgesamt geht es um die Restbestände an staatlichen Monopolen. Die sind allerdings – gleichgültig, ob hoheitlich oder gut getarnt in privater Rechtsform – hartnäckig, schon weil jeder, der ein Monopol hat oder in ihm sitzt, geneigt ist, seinen Besitzstand mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. Hartnäckig sind Monopole auch wegen ihrer langen Tradition, der staatlichen Monopole zumal. Sie gehen zurück auf den Beginn des 19. Jahrhunderts, den Beginn der industriellen Revolution. Weil die Industrialisierung stürmischer voranschritt, als die Bereitstellung privaten Kapitals möglich war, sprang der Staat ein. „Anschubfinanzierung“ würde man heute sagen. Und schon damals galt der Grundsatz: Wer zahlt, schafft an. Der Staat übernahm ganze Industriebereiche in eigener Regie, aus edlen, aber auch weniger edlen Motiven: um den industriellen Fortschritt zu sichern, aus Gründen des gemeinen Wohls, vor allem bei der Grundversorgung, um selbst die Gewinne einzustreichen, die Industriepolitik nicht den Untertanen zu überlassen und – das soll hier nicht verschwiegen werden – gelegentlich auch aus militärischen Interessen.

Prägend waren daneben in der zweiten Hälfte des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts herausragende Unternehmerpersönlichkeiten wie Krupp, Stinnes, Haniel. Hier in Hamburg besonders zu nennen: der Bankier Max Warburg, der Gründervater des Übersee-Clubs. Einen deutlichen Schub bekam die staatliche wirtschaftliche Betätigung erneut durch die starken Sozialisierungstendenzen nach dem ersten Weltkrieg. Viele deutsche Konzerne haben ihre Wurzeln in dieser Art staatlicher Industriepolitik – gespeist aus einer Gemengelage von obrigkeitstaatlichem und sozialstaatlichem Denken –, die zu ihrer Zeit durchaus ihre Berechtigung haben konnte. VEBA, mit ihren Wurzeln im Bergbau, später weiterentwickelt im Chemie- und Ölbereich und in der Stromerzeugung, ist hierfür ein Beispiel. Und wie lange dieser Prozeß gedauert hat, zeigt die Tatsache, daß das staatliche Eigentum an der VEBA endgültig erst im Jahre 1987 aufgegeben wurde.

Einige Monopole und staatliche Beteiligungen aus dieser Zeit haben sich bis heute gehalten. Nur haben sie vielfach das Trikot gewechselt. Will sagen: Die Gründe ihrer Errichtung sind entfallen und vergessen. Neue Gründe für ihren Fortbestand werden heute bereit vorgetragen oder vorgeschoben. Also die bekannten Stichworte wie Daseinsvorsorge, Bürgernahe, Umweltschutz, die angeblich nur in einem Monopol oder bei beherrschender Staatsbeteiligung gewährleistet werden können.

Und es gibt noch einen Grund, der eher im verborgenen blüht: Die Wohltat von öffentlicher Hand garantierter Monopole hat oft einen politischen Preis. Die Sonderlasten im Strompreis – Kohlepfennig, Strom einspeisegesetz – waren bzw. sind nur in einer Monopolsituation durchzusetzen. Quersubventionierung des öffentlichen Nahverkehrs über den Strompreis gehört auch zu dieser Praxis. Das Monopol ist die politische Legitimation, sich eine „Melkkuh“ zu halten. Trotzdem oder gerade deswegen: Staatliche oder staatlich garantierter Monopole bekommen mehr und mehr anachronistische Züge. Monopole haben, weil von Staats wegen oder staatlich geschützt, nationalen Charakter. Die Wirtschaft und der Wettbewerb werden jedoch zunehmend international. Schon daher ist für solche Monopole in einem freien Welthandel auf Dauer kein Platz. Nirgendwo wird man das besser verstehen als hier, im Hamburger Übersee-Club, mit seiner langen, hanseatisch weltoffenen Tradition.

Zurück zum Bild des Hürdenlaufes. Schauen wir uns den Stand des Rennens einmal etwas näher an und richten unser Augenmerk vor allem auf die Kandidaten „Leitungsgebundene Energien“ und „Telekommunikation“: zwei Bereiche, die noch vor nicht allzulanger Zeit schon aus technischen Gründen gegen Wettbewerb resistent schienen. Mit den heutigen technischen Steuerungsmöglichkeiten großer logistischer Systeme hat sich dies grundlegend geändert. Bei der Telekommunikation hat der Technologiesprung durch Glasfaserleitungen dazu geführt, daß es praktisch keine Kapazitätsengpässe bei der Nutzung von Netzen mehr gibt. Zudem ermöglicht heute die Fortentwicklung der Computertechnologie den Einsatz komplexer Abrechnungssysteme für die Nutzung. Beim Strom ist man zwar stärker durch physikalische Zwänge gebunden, aber als technischer Grund für das Strommonopol kann dies schon lange nicht mehr herhalten.

Mit dem so beliebten Argument „Das geht nicht“ ist Wettbewerb heute also nicht mehr zu bremsen. Und ich bin auf beiden Feldern, bei Strom und bei Telekommunikation, für Wettbewerb. Ich messe hier nicht mit zweierlei Maß. Im Bereich der leistungsgebundenen Energieträger haben wir bereits ein Stück Wettbewerb. Die Hürden sind – zumindest theoretisch – schon ein wenig abgeflacht. Ich will Sie nicht mit trockener Juristerei langweilen, aber das Wettbewerbsrecht hat das Demarkationsrecht schon etwas angenagt. Aber natürlich sind wir offen für mehr Wettbewerb; die Abschottung von Versorgungsgebieten ist schon lange nicht mehr unser Herzensanliegen. Allerdings: In einem Markt auf der einen Ebene Wettbewerb und auf der anderen, nämlich der kommunalen Ebene, weiter Monopole, das geht nicht. Der Wettbewerb muß schon über alle Ebenen gehen. Es wäre seltsam, wenn ausgerechnet der Bereich, der den Kunden am nächsten ist, vom Wettbewerb ausgenommen wurde. Ich habe den Eindruck, daß leistungsstarke kommunale Stadtwerke, die mit ihrem Engagement nicht an den Stadttoren halmachen wollen, dies genauso sehen. Aber nicht alle sind leistungsstark. Und denen geht es bei mehr Wettbewerb natürlich an den Kragen.

Allerdings gibt es im Stromsektor noch ein weiteres Problem, nämlich die unterschiedlichen Versorgungssysteme in der Europäischen Union, vor allem zwischen Frankreich und Deutschland. Auch hier geht es nicht, daß die Franzosen auf den Zinnen ihrer fest abgeschotteten Festung – unsere französischen Freunde mögen mir dieses etwas martialische Bild nachsehen – fröhlich zuschauen, wie wir auf dem Glacis alle Hindernisse räumen. Eine annähernde Gleichwertigkeit des Marktzugangs zu erreichen, im EU-Jargon „Reziprozität“ genannt, wird in Europa noch ein hartes Stück Arbeit erfordern, zumal wenn im Gleichklang der Interessen mit einmal auch noch Allianzen zwischen den Verfechtern der Daseinsvorsorge in Deutschland und des „service public“ in Frankreich entstehen.

Zusammengefaßt: Wir würden ja wollen, wenn man uns nur unter vernünftigen Randbedingungen ließe. Es werden allerdings noch einige recht hohe Hürden zu überwinden sein, bis wir soweit sind.

Meine Damen und Herren! Man kann es kaum glauben, aber das Fernmeldemonopol – eines der altehrwürdigsten – soll tatsächlich zum 1. Januar 1998 fallen. Das Ziel eines langen Hindernislaufes ist endlich in Sicht. Ich will mir einen Blick zurück ersparen. Aber manche haben zu lange Privatisierung mit Liberalisierung verwechselt. Und wir ständen heute international in der Telekommunikation besser dar, wenn es mit der Liberalisierung schneller gegangen wäre. Mag das Ziel auch in Reichweite sein, ich bin mir nicht so sicher, ob nicht noch ein paar Stolpersteine auf die Laufbahn gerollt werden, bis Minister Bötsch hinter sich und den Seinen die Tür des Postministeriums abschließt. Bei einigen besonders dicken Brocken scheint es schon manchem in den Fingern zu jucken, sie auf die Bahn zu rollen: Das eine ist die Gefahr der Zersplitterung des Marktes durch Vergabe von Lizenzen nach dem Gießkannenprinzip. Damit ich nicht mißverstanden werde: Es geht mir nicht um eine Begrenzung der Anzahl der Lizenzen. Aber es geht mir um hohe technische Standards, die die Lizenznehmer erfüllen müssen. Nicht Technik um der Technik willen. Aber als Land mit dem Anspruch als Hochtechnologie-Standort müssen wir sicherstellen, daß das Innovationspotential der Kommunikationstechnologie im Interesse der Kunden voll ausgeschöpft und dynamisch weiterentwickelt wird. Und: Eine Nachhaltigkeit des Engagements wird man auch von künftigen Lizenznehmern erwarten können. Das ist kein verstecktes Plädoyer – ich sage es noch einmal – für Lizenzen nur an die Großindustrie. Es gibt genug mittelständische Unternehmen, die sich bei diesen Anforderungen erfolgreich am Markt durchsetzen können und werden. Nur: Wer allen alles gibt, gibt am Ende niemandem etwas. Wer etwa denkt, der Telekom mit einem nationalen Fleckerlteppich einen Gefallen zu tun, erweist ihr letztlich einen Bärenstein. Denn nur harte Anforderungen im deutschen Markt machen die Telekom fähig, auch im internationalen Markt zu bestehen. Und das gilt auch und genauso für ihre deutschen Wettbewerber.

Zu einem weiteren Stolperstein: Natürlich ist die Überführung eines Monopols in den Markt kein triviales Unterfangen. Ohne ein gewisses Maß an staatlicher Regelung und auch Kontrolle wird es nicht gehen. Aber was nicht geschehen darf, wäre eine Überregulierung der Deregulierung, zum Beispiel durch ein Übermaß an Auflagen

und Kontrollinstrumenten zu Lasten künftiger Wettbewerber. Dann würde nämlich das Monopol nur durch eine neue Bürokratie ersetzt, und es wäre nichts gewonnen, vielmehr der Teufel durch Beelzebub ausgetrieben. Sozusagen: Deregulierung durch Bürokratisierung. Wir Deutsche haben bekanntlich einen fatalen Hang zur Bürokratie. Aber auch andere, von denen man es gar nicht annimmt, sind dagegen nicht gefeit. Die Deregulierung des britischen Strommarktes, häufig als leuchtendes Beispiel glühend geschildert, ist so kompliziert geraten, daß der erhoffte Liberalisierungsvorteil an der Reglementierung zu ersticken droht. Wir sollten uns solches ersparen.

Und noch eins: Intensiv wird derzeit über einen Ausgleichsmechanismus nachgedacht dafür, daß die Telekom ihre Basisdienste flächendeckend – und damit nicht überall rentabel – anbietet. Es besteht die Gefahr, daß hier unter dem Deckmantel ausgleichender Gerechtigkeit ein Subventionstopf zu Lasten der Wettbewerber und des Wettbewerbs aufgemacht werden soll. Ich gebe zu: Eine süße Verlockung, aber hier ist höchste Vorsicht angebracht.

Meine Damen und Herren! Letztlich bin ich zuversichtlich, daß sich auch für die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes vernünftige Lösungen finden werden. Sonst würde sich VEBA dort auch nicht engagieren. Die politischen Ansätze gehen in die richtige Richtung. Die Zeit langwieriger politischer Debatten muß jetzt vorbei sein. Die Sache ist entscheidungsreif. Die letzten Hürden können jetzt so rasch weggeräumt werden, daß der 1. Januar 1998 tatsächlich der erste Tag des Wettbewerbs wird. Und um weiter im Bild zu bleiben: Es bestehen durchaus Chancen, daß sich die Strapazen des Hürdenlaufes zum Markt gerade noch so in Grenzen halten, daß die Wettbewerber statt den Weg unter das Sauerstoffzelt den Weg zum Siegertreppchen finden, wenn sicherlich auch schweißgebabdet.

Meine Damen und Herren! Das Thema „Monopol und Markt“ ist nur ein Ausschnitt aus dem großen Thema: Wo sind die Grenzen des Staates? Schlanker Staat oder „Verschlankung“ des Staates – ein Höhepunkt deutscher Substantivierungskunst – lautet das politische Schlagwort. Dem müssen auch Taten folgen: Es geht dabei nicht nur um Privatisierung und Liberalisierung von Monopolstrukturen. Es geht auch um Privatisierung von staatlichen Aufgaben. Es geht um den Abbau der Staatsquote. Es geht um den Abbau von Überreglementierung und Bürokratisierung. Kurz also: Es geht darum, daß der Staat nur dort tätig wird, regelt, eingreift, wo dies wirklich notwendig und gerechtfertigt ist. Das ist nicht nur ein technisches Problem leerer Kassen, fiskalischer Zwänge. Das Schweigen des Staates ist die Freiheit und die Selbstverantwortung der Bürger, natürlich in gesellschaftlicher Solidarität, der sozialen Komponente der Gleichheit. Die Balance von Freiheit und Gleichheit droht zugunsten applanierenden Gleichmachens – mit hohem bürokratischen Aufwand administriert – aus den Fugen zu geraten. Und: Je näher und je mehr Staat, desto größer die Staatsferne der Bürger. Denn: Je komplexer und komplizierter der Staatsapparat ist, desto weniger ist er für den einzelnen durchschaubar. Stichworte: Steuermoral, Schwarzarbeit und so weiter. Und noch eins: Ein Staat mit großem, schwerfälligen Apparat hat im Wettbewerb der Staaten keine Chance.

Die notwendige Veränderung kommt nicht im Wege der Schreibtischrevolution von heute auf morgen. Aber die Richtung muß stimmen, nicht nur in der Politik, sondern allgemein. „Charity begins at home“, sagen die Engländer. Solidarität ist nicht staatliches Monopol, sondern gesellschaftliche Verpflichtung. Wir dürfen nicht den schlanken Staat fordern und nach dem Staat rufen, wenn es uns gerade zupaß kommt oder es gerade so bequem ist. Wer die Individualität unbegrenzt auslebt, braucht sich nicht zu wundern, ja er trägt selbst mit dazu bei, daß der Staat die Solidarität für sich monopolisiert. Der notwendige Richtungswechsel muß sich daher zuallererst in unseren Köpfen vollziehen. Wie sagte schon Friedrich von Hayek: „Einer Änderung der gesellschaftlichen Ordnung muß eine Änderung der herrschenden Ansichten vorausgehen.“

Deswegen, meine Damen und Herren, habe ich mir diese Anmerkungen erlaubt: Zuschauen, wie andere über die Hürden laufen, reicht nicht. Wir müssen schon runter von der Tribüne und selbst mitrennen; damit es dann schließlich ein Volkslauf zu mehr Markt und Wettbewerb wird.

